

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ohne Bildung ist Freiheit kalt und rücksichtslos. Solidarität braucht Zusammengehörigkeit und Identität. Die Menschen erwarten von uns ein klares Bekenntnis. Falsch verstandene Toleranz darf nicht zur Selbstaufgabe führen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich: Bayern soll Bayern bleiben. Deshalb streben wir an, dass der Begriff der Leitkultur als Voraussetzung für Solidarität und Miteinander in die Bayerische Verfassung aufgenommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir feiern in diesem Jahr gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern 70 Jahre Bayerische Verfassung. Im Jahr 2018 feiern wir 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern und 100 Jahre Freistaat Bayern. Nutzen wir diese Jubiläen zur Selbstvergewisserung. Zeigen wir, was uns für unser Zusammenleben und für unsere Demokratie wichtig ist. Tradition, Kultur und Identität machen Bayern so besonders. Das Glattgeschliffene und Beliebige will bei uns niemand. Das Unikat ist das Universelle.

Gerade auch die neuen Mitbürger lieben die bayerische Lebensart. Gerade sie verstehen überhaupt nicht, wenn über bayerischen Patriotismus die Nase gerümpft und durch einsame Querköpfe unsere Trachtler und Schützen madiggemacht werden, wie während des G-7-Gipfels geschehen. Das ist kein "Disneyland". Wir sind stolz auf unsere Trachtler und Schützen. Wir sind stolz auf Bayern, und wir feiern Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Die Menschen leben gerne in Bayern. Bayern hat sich fraglos verändert, aber das bayerische Lebensgefühl ist geblieben. Die Bayern entscheiden über ihre Zukunft selbst und möglichst unabhängig.

Wir denken wertorientiert, generationengerecht und langfristig. Wir handeln in Verantwortung für unsere Menschen, für unsere Kinder und Enkel. Deshalb wiederhole ich: Bayern steht für Stabilität in einer instabilen Welt. In einer Welt der Unsicherheit sagen wir: Die Sorgen der Menschen sind auch unsere Sorgen. Darauf können Sie sich verlassen. Politik ist Dienst am Menschen. Dafür arbeiten wir, und dafür reichen wir allen Kräften der Vernunft die Hand. Wir schaffen Vertrauen durch Kontinuität und Weitblick.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir jetzt zur Aussprache. Der Ordnung halber möchte ich sagen, dass jetzt jede Fraktion eine zusätzliche Redezeit von 23 Minuten hat. So viel Zeit muss für die Regierungserklärung sein. Wir gehen davon aus, dass der Ministerpräsident auch dableibt.

Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen und als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Landtagspräsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als es zu den Gepflogenheiten im Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition gehört, möchte ich heute zunächst einmal dem Ministerpräsidenten ein großes Lob aussprechen. Sie werden überrascht sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte der CSU die Gelegenheit geben, mir zu applaudieren. – Bitte nehmen Sie das auch ins Protokoll auf. Ich trage das in meinem Kalender mit einem roten Kreuzchen ein. Ich hoffe, dass das meiner Partei, der SPD, nicht schadet. Aber tatsächlich ist es heute, anders als in den letzten zwölf Monaten, Herrn Seehofer zum ersten Mal gelungen, keinen Frontalangriff auf die deutsche Bundeskanzlerin zu fahren und im Dauerstreit zwischen CSU und CDU zumindest eine Feuerpause einzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, nach der Länge Ihrer Rede haben Sie hier einen Fidel Castro gegeben. Tatsächlich war auch der Ton ein anderer als in den letzten zwölf Monaten.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie haben beinahe landesväterlich gesprochen, in staatsmännischer Pose, im ruhigen Kammerton. So kannten wir Sie gar nicht die letzten zwölf Monate. Sie waren heute ein ganz anderer Horst Seehofer.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Da seid ihr nicht da gewesen!)

Sie waren heute ein anderer Horst Seehofer als der Horst Seehofer, den wir seit dem Sommer 2015 erlebt haben.

(Kerstin Schreyer (CSU): Jetzt ist aber das Original da!)

Als Teil der Bundesregierung agierte die CSU nämlich in den letzten zwölf Monaten in Wahrheit alles andere als besonnen und im Kammerton sprechend. Sie agierte als schrille Fundamentalopposition. Die CSU hat gegenüber demokratischen Institutionen wie der Bundeskanzlerin jegliche Etikette vermissen lassen. Horst Seehofer hat das gute Benehmen eines Gentleman – wie wir ihn heute erlebt haben – an der Parteitagspforte abgegeben.

Nach den Angriffen, die sich Frau Merkel gefallen lassen musste, gleicht ihr Verhalten aus Ihrer Sicht einem Akt der Selbstaufgabe. Im Herbst 2016 scheint klar zu sein: Die Demontage der deutschen Bundeskanzlerin durch die Schwesterpartei zeigt Wirkung. Die CSU hat die Imagewerte der Bundeskanzlerin in den letzten zwölf Monaten mit ihren stetigen Attacken regelrecht pulverisiert. Frau Merkel hat den letzten Rest an Autorität verloren. Das Ansehen der Bundeskanzlerin ist schwer beschädigt, und sie genießt keinen Rückhalt mehr.

Als Koalitionspartner in der Großen Koalition in Berlin bedauern wir sehr, dass es der Bundeskanzlerin ganz offensichtlich an Führungsstärke fehlt. Jeder andere Regierungschef hätte bei diesem Koalitionsgegner in den eigenen Reihen schon längst einmal auf den Tisch gehauen und die Freundinnen und Freunde der Schwesterpartei auch mal vor die Tür gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Die deutsche Bundeskanzlerin hat aus dem unionsinternen Streit so schlimme Blessuren davongetragen, dass sie ganz gewiss keine vierte Kanzlerkandidatur vor sich hat. Wir, die SPD, könnten die bemerkenswerten Prozesse im Dauerstreit zwischen CSU und CDU mit großer Gelassenheit sehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber leider um sehr viel mehr als um ein Parteiengeplänkel von ehemals Befreundeten. Die lautstarke Polarisierung der CSU in den letzten zwölf Monaten schadet dem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung und des deutschen Staates insgesamt. Die CSU hat auf unverantwortliche Art und Weise das gesellschaftliche Klima in unserem Land aufgeheizt und damit auch den inneren Frieden in unserem Land gefährdet.

(Widerspruch bei der CSU)

Demokratische Institutionen nehmen Schaden, wenn diese von einer Partei immer wieder attackiert werden und wenn diese Partei dabei als schlechtes Vorbild für rechtskonservative Deutschnationale wie die AfD agiert. Die jüngste Entgleisung von Generalsekretär Andreas Scheuer war ganz gewiss kein Einzelfall, als

er formulierte, das Schlimmste seien fußballspielende, ministrierende Senegalesen, und diese könne man nicht mehr abschieben; man werde sie nicht mehr los.

(Widerspruch bei der CSU)

Das war eine unerträgliche Missachtung der Ehrenamtlichen und der kirchlich Engagierten in unserem Land, die die Integration und den sozialen Zusammenhalt in Bayern an vorderster Stelle organisieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten die Macher der Mitmenschlichkeit in Bayern nicht auf diese Art und Weise demoralisieren. Im Gegenteil, wir sollten sie bestärken. Wir sind stolz auf diese hilfsbereiten Menschen und danken ihnen von Herzen für ihre wertvolle Arbeit. Deshalb sagen wir, die SPD, völlig unmissverständlich: Wir sind stolz auf dieses Bayern der Solidarität und Nächstenliebe.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Die Entgleisung von Andreas Scheuer stellt den vorläufigen Tiefpunkt einer rechtsnationalen Kampagne dar, gegen die sich sogar einstige Verbündete von den Kirchen in Bayern und Deutschland auf das Schärfste verwahren.

Mehrere Bischöfe kritisieren, die Politik der CSU habe nichts, aber auch gar nichts mehr mit christlicher Nächstenliebe zu tun. Das Postulat, Zuwanderung lediglich aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis zuzulassen, sei weder mit der deutschen noch mit der bayerischen Verfassung und schon gar nicht mit dem Evangelium vereinbar. Gestern Abend hat der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick die CSU mit deutlichen Worten zur Verfassungstreue ermahnt. Das sind harte Worte. Er meinte, die CSU müsse vom Verfassungsschutz überprüft werden. Christen dürften Herabwürdigungen und Verletzungen der Menschenwürde nicht stehen lassen und nicht zulassen. Falsche Strategien bestünden auch darin, Stimmen am rechten Rand mit unlauteren Mitteln einzufangen, erklärte Schick mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik. Er war nicht der Erste. Auch Kardinal Marx, Kardinal Woelki und der evangelische Landesbischof von Bayern Professor Heinrich Bedford-Strohm haben sich auf das Schärfste von der rechtspopulistischen Rhetorik dieser CSU distanziert.

Meine Damen und Herren, Sie regieren nicht ordentlich in Berlin, und Sie arbeiten auch nicht vernünftig zusammen. Herr Ministerpräsident, erfreulicherweise ist das heute das eine oder andere Mal anders angeklungen. In einer solchen Phase müsste man die Ge-

meinsamkeiten herausstellen und darstellen, dass wir gemeinsam zwei Asylpakete und das Integrationsgesetz auf den Weg gebracht haben. Auch die sozialen Errungenschaften, wie die Verbesserungen bei der Rente, die Erwerbsminderungsrente, die Mütterrente und die Rente mit 63 Jahren müssten in einer solchen Phase mehr in den Vordergrund gestellt werden. Dies alles wurde insbesondere von unserer Partei, der SPD, auf den Weg gebracht. – Herr Ministerpräsident, Sie haben das heute zumindest angedeutet. – Aber nein, stattdessen vermittelt die CSU seit einem Jahr ununterbrochen den Eindruck, als wäre die Bundesregierung, der sie selbst angehört, ein überforderter Chaosverein sondergleichen und als wäre die Bundeskanzlerin die Spitze einer weltfremden, abgehobenen Elite.

Kardinal Woelki fasst analytisch treffend zusammen, die CSU betreibe damit das Geschäft der Rechtspopulisten von der AfD. Ich weiß, dass Sie Herr Ministerpräsident, immer wieder sagen, es sei Ihr politisches Ziel, die AfD möglichst kleinzuhalten, so, als dürfe es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei mehr geben. Ich sage Ihnen: Wer die AfD wirklich kleinhalten will, darf ihre Rhetorik nicht übernehmen oder gar übertreffen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen, Fremdenfeindlichkeit kleinhalten zu wollen, indem man selbst auf verantwortungslose Weise Ängste vor Überfremdung schürt – das haben Sie getan, und zwar zwölf Monate am Stück –, ist ein fragwürdiges Konzept und für einen Demokraten, der verantwortlich handeln möchte, ein unwürdiges Verhalten. Die tatsächlichen Feuerzeuge in unserer Gesellschaft folgen nämlich den geistigen Brandstiftern. Gerade in Bayern ist es eine gewagte These, dass man die AfD kopieren, ihr hinterherrennen oder vorauslaufen müsse, um sie kleinzuhalten. Die Wählerschaft hat diese These bereits widerlegt. Bei der Europawahl – die liegt nur zwei Jahre zurück – hat die AfD in Bayern das viertbeste Ergebnis im Vergleich der Bundesländer erzielt. Sie hat deutlich besser abgeschnitten als im Bundesdurchschnitt. Die AfD hatte lediglich in Sachsen, in Hessen und in Brandenburg höhere Stimmenanteile als im Freistaat. Die CSU-Spitze mit Herrn Seehofer hat mit dröhnend europafeindlichen Tönen die AfD kleinhalten wollen und hat damit das Gegenteil erreicht, und daraus hat sie nichts gelernt. Die Quittung wird folgen. Ich bin mir sicher, das Vermächtnis von Herrn Seehofer für seine Partei zeichnet sich schon heute ab. Unter der Verantwortung von Horst Seehofer hat die CSU bei den Europawahlen im Jahr 2014 das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten eingefahren. Die Verluste der

Union werden bei den Bundestagswahlen im Jahre 2017 noch deutlich höher ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, Herr Seehofer: Es ist eine Politik der Doppelzüngigkeit, draußen Stimmung gegen Minderheiten und demokratische Institutionen zu schüren, aber hier im Hohen Haus Kreide zu fressen und den landesväterlichen Staatsmann zu geben. Wir lassen Ihnen heute hier diese Politik der Doppelzüngigkeit nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

In den jüngsten Thesenpapieren – Sie haben diese Thesen zumindest inhaltlich wiederholt – schreiben Sie: Deutschland muss Deutschland bleiben.

(Petra Guttenberger (CSU): Ja!)

Tatsächlich spricht die politische Linie Ihrer Partei eine ganz andere Sprache, die befürchten lässt, dass Sie aus Deutschland ein ganz anderes Land machen wollen, als wir es heute haben. Immer wieder begibt sich die CSU demonstrativ in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas. Viktor Orbán wirbt für eine würdelose Politik gegen europäische Werte. Die CSU hat ihm für seine Agitation gegen Presse- und Religionsfreiheit den roten Teppich ausgerollt. Wir erinnern uns an den Besuch von David Cameron bei der CSU im Januar, der dort von Christsozialen als Vorbild für Europa gefeiert wurde. Horst Seehofer sprach sogar von CSU-Politik pur. Wir wissen, was wenige Monate später geschehen ist. Heute wissen wir, was wir schon damals wussten: David Cameron ist ein Europazerstörer par excellence gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der britische Politikwissenschaftler Paul Taggart definiert eine solche Politik als Populismus, als eine Politik des leeren Herzens. Er vergleicht eine solche Politik mit dem Verhalten eines Chamäleons. Er schreibt: Populisten passen sich immer wieder an neue Bezugssysteme an und setzen sich dann in eine Anti-Haltung zu ihnen. Wer ein solches Phänomen auch hier in Deutschland beobachten will, muss nach Bayern kommen und die CSU genau unter die Lupe nehmen. Die CSU vertritt eine Anti-Position zu Europa, zu Merkel und zu Migranten und Flüchtlingen. Die Staatsregierung übernimmt unkritisch und, wie ich finde, verantwortungslos die Sprache des europäischen Rechtspopulismus und ihres besten Freundes Viktor Orbán.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich nenne einige Beispiele, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die CSU fordert Zuwanderung nur noch für Christen. In Ihrem jüngsten Papier heißt es: "Asyl ist ... kein Freibrief, um in Deutschland kriminell zu werden."

Damit unterstellen Sie, irgendjemand, möglicherweise sogar Frau Merkel, habe diesen Menschen einen Freibrief ausgestellt, damit diese kriminell werden können. Warum sonst schreiben Sie solche Sätze in Ihre Positionspapiere, Herr Seehofer? – In dem Papier heißt es, in Deutschland gelte das Grundgesetz, nicht die Scharia. Damit deuten Sie an, dass dies keine Selbstverständlichkeit sei und es Parteien oder Institutionen in der Bundesrepublik gebe, die die Scharia dulden würden. Sie insinuieren, es gebe politischen Regelungs- oder Handlungsbedarf.

Ich denke an Ihre kraftmeiernden Attacken auf den kritischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkjournalismus. Ich denke an Ihren mangelnden Respekt vor demokratischen Entscheidungen, auch wenn man diese selbst mit getroffen oder gar initiiert hat. Ich denke an Ihre neue Sprache von oben herab gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten. Ich denke daran, dass sogar versucht wird, soziale Missstände und Kriminalität mit ethnischen, religiösen oder kulturellen Besonderheiten zu erklären. Meine Damen und Herren, so funktioniert der europäische Rechtspopulismus. Diese Bewegungen stehen für alles, was dem Gemeinsinn in Europa schadet. Sie spalten die Gesellschaft. Sie sind mitunter offen rassistisch. Sie grenzen Minderheiten aus und setzen auf eine autoritär-nationalkonservative Politik. Wer diese Papiere ernst nehmen will, findet all dies.

Manche sagen, das sei nur Folklore, das sei bei der CSU gar nicht so gemeint. Aber all das findet sich in Ihrer Politik in einem Maße wieder, dass man feststellen muss: Sie wollen ganz offensichtlich mit söderndem Scheuerismus aus Deutschland ein anderes Land machen. Sie wollen aus einem liberalen weltoffenen Deutschland der guten Nachbarn einen nationalistischen Bevormundungsstaat der Angst, des Misstrauens und der Missgunst machen. Sie betreiben zunächst schleichend, dann aber immer ungehinderter die Orbánisierung unseres Landes. Wir werden nicht zulassen, dass Sie diese Politik ungehindert fortsetzen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Sie sprechen auch heute wieder von der Leitkultur. Für uns gibt es ein klares Leitbild. Das ist die Baye-

rische Verfassung. Sie ist ein Postulat für soziale Gerechtigkeit und eine Proklamation der Freiheit. Wir sind ein Freistaat. Es gelten die ersten zwanzig Artikel und natürlich das gesamte bundesdeutsche Grundgesetz. Dort ist alles niedergeschrieben, was das Zusammenleben in unserem Land ausmacht: Schutz von Minderheiten, Religionsfreiheit, Pressefreiheit und alles, was zu unserem Land dazugehört. Sie haben es bis heute sowohl in Ihrem Gesetzentwurf zum Bayerischen Integrationsgesetz als auch in Ihren Wortbeiträgen unterlassen, genauer zu definieren, was Sie unter Leitkultur verstehen.

Ich glaube, ein Politiker aus Ihren Reihen hat es sich getraut. Es war wieder einmal Andreas Scheuer im Dezember 2014. Er fordert die Migrantinnen und Migranten in unserem Land auf, sie mögen bitte zu Hause Deutsch sprechen. Manche von Ihnen haben sich sogar anders als heute etwas davon distanziert. Aber der Gedanke, der dahintersteht, ist Ihr Verständnis von Leitkultur. Sie wollen den Menschen vorschreiben, wie sie, wie wir in diesem Land zu leben haben. Sie wollen den Menschen vorschreiben, welche Sprache sie zu Hause sprechen sollen. Ich sage Ihnen: Die Bevölkerung will das nicht. Die Menschen in Bayern wollen sich nicht vorschreiben lassen, ob sie zu Hause Oberbayerisch, Fränkisch, Thüringisch oder Türkisch sprechen. Die Menschen in Bayern wollen sich nicht vorschreiben lassen, ob sie am Abend Schäufele, einen Schweinsbraten, eine Pizza oder einen Gyros essen. Die Menschen in Bayern wollen sich von der CSU nicht vorschreiben lassen, ob sie am Abend schuhplatteln oder gegebenenfalls Sirtaki oder Flamenco tanzen. Für uns gilt das Prinzip "Leben und leben lassen", meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Maxime für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Unser Prinzip heißt "Liberalitas Bavarica". Das ist die Maxime Bayerns, die seit dem Jahr 1733 voller Stolz und Selbstbewusstsein an der Klosterkirche zu Polling prangt. Leben und leben lassen: Wir lassen uns diese Identität nicht von Rechtspopulisten kaputtmachen.

Wir erleben heute, um von der politischen Kultur und der Verschiebung der Tektonik in diesem Bereich zu politischen Themen zu kommen, die siebte Regierungserklärung in der Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer vor dem Hohen Hause.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu viel erklärt!)

Sie ist eine sehr lang geratene Loseblattsammlung auch der schriftlichen Pressemitteilungen und damit

ein Stück weit ein acht Wochen alter Kaffee, der heute dem Parlament aufgetischt wird.

(Beifall bei der SPD)

Bis auf ein überraschendes Bekenntnis zur dritten Startbahn war kein einziger neuer Punkt dabei.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Bei Ihnen ja?)

Ich werde später darauf zurückkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Regierungserklärungen miteinander vergleicht, kann selbst bei allergrößtem Wohlwollen keinen inneren Zusammenhang dieser Regierungserklärung erkennen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es dem Ministerpräsidenten stets um die großen Überschriften im Hier und Jetzt und um Effekthascherei in der politischen Aktualität geht. Vieles von den bisherigen vollmundigen Ankündigungen, wie auch heute wieder, wurde in der Folge von Herrn Seehofer selbst und seiner Staatsregierung ins Gegenteil verkehrt oder blieb bereits 24 Stunden nach der Postulierung auf der Strecke.

Ich nenne einige Beispiele. Im Herbst 2013 hieß es: Bayern wird in zehn Jahren im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten ÖPNV komplett barrierefrei. Aus der vollmundig angekündigten flächendeckenden Barrierefreiheit in allen Landesteilen, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten wurde schnell eine kommunale Aufgabe. Ja, man beherrscht 48 Stunden lang die großen Lettern, die großen Überschriften in den bayerischen Medien. Sehr schnell hat man aber wieder vergessen, dass man etwas damit zu tun haben will. Im Gegenteil, in den schriftlichen Stellungnahmen im Rahmen von Anfragen gegenüber dem Parlament hieß es, dies sei keine Aufgabe des Freistaats Bayern; darum müssten sich gefälligst die Kommunen kümmern. Dies hatte folgendes Ergebnis: In Oberfranken wird bis zum Jahr 2018 – der Ministerpräsident sprach von flächendeckender Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr – nur ein einziger Bahnhof barrierefrei ausgebaut, meine Damen und Herren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

So weit klaffen Realität, Wunschdenken und Marketingproklamationen dieser Bayerischen Staatsregierung auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Auch der schuldenfreie Freistaat bis zum Jahr 2030 bleibt Schall und Rauch. Nichts ist davon übrig geblieben. Bis 2018 sind die Ausgabenpfade bereits festgelegt. Dann müssten jedes Jahr im Schnitt 2,3 Milliarden Euro getilgt werden, fast fünfmal so viel wie 2017

und 2018. Wenn Herr Seehofer sagt: "Darauf kann man sich verlassen, so kommt's", dann kann und muss man immer von der Gesetzmäßigkeit des Gegenteils ausgehen: So kommt es ganz gewiss nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Also, Punkt 1: barrierefreies Bayern.

Es gab noch ein zweites bemerkenswertes Versprechen in der Regierungserklärung vom 12. November 2013. Da sagte Herr Seehofer allen Ernstes: Unsere Schulen sollen nach Jahren der ständigen Veränderungen jetzt in Ruhe arbeiten können, deshalb wird es keine neuen Schulreformen geben: das ist eine Garantie. Was von dieser Garantie zu halten ist, das hat man seit St. Quirin und in der heutigen Regierungserklärung, in der Herr Seehofer genau das Gegenteil sagt, erfahren. Er wollte Ruhe ins Schulsystem bringen und erklärt heute, drei Jahre später, es bestehe dringender Handlungsbedarf, wir müssten beim Gymnasium etwas machen.

Deshalb wird im Sommer 2016 plötzlich eine Gymnasialreform übers Knie gebrochen, die im Ergebnis nicht Fisch und nicht Fleisch ist, ein Gymnasium achteinhalb. Mit dem neuen Modell gibt es viele Verlierer; es ist das Gegenteil von Klarheit. Die unklare Entscheidung der Regierung für eine Mischform mehrerer Gymnasialsysteme hat zu einer komplizierten Organisationsstruktur und zu einer Verunsicherung der Schulfamilie geführt. Der Vorschlag verursacht wieder einmal Zusatzkosten in Milliardenhöhe für die Kommunen. Die Lehrer sind nicht zufrieden, die Schüler sind nicht zufrieden, die Familien sind nicht zufrieden. Die Kommunen sagen: Ihr dürft uns dabei nicht im Stich lassen; ihr könnt uns hier nicht irgendetwas aufbürden und euch dann aus dem Staub machen; denn am Ende sollen es die Kommunen bezahlen. Das Schlimmste ist: Es wird nicht eine pädagogische Richtungsentscheidung über die Zukunft des bayerischen Gymnasiums getroffen, sondern am Ende entscheidet die Frage, wo die Kommunen finanziell in der Lage sind, die Erweiterungs- und Neubauten gegebenenfalls für ein G 9 tatsächlich herzustellen.

Herr Ministerpräsident, es wäre wirklich besser gewesen, Sie hätten sich an Ihre Garantie gehalten und Ruhe ins Schulsystem gebracht. Dann allerdings hätten Sie sich für ein konsequentes Gymnasium G 9 entschieden, so, wie es die Lehrerverbände in Bayern fordern, so, wie es die Eltern für richtig halten, und so, wie es die Kommunen auch gerne an der Seite der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags in Angriff nehmen würden. Das hätte Sinn ergeben.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt bemerkenswerte Chuzpe, dass Sie Ihre Ganztagsgarantie aus dem Jahr 2013 heute wiederholt haben. Sie sagten im November 2013: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Sie haben dafür eine Garantie ausgesprochen. Die Realität seit Ihrer letzten Regierungserklärung stellt sich wie folgt dar: Ganztagsschulen wurden nicht etwa weiter ausgebaut, sondern in Oberfranken ging im letzten Schuljahr die Zahl der Grundschüler im gebundenen Ganztags zurück – das sind Zahlen Ihres Kultusministers, nicht von uns – von 4,8 % auf 4,6 %.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es gibt auch Alternativen!)

Auch in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten sank die Zahl der Grundschüler im Ganztags, beispielsweise in Rosenheim, von 8,5 % auf 7,9 %. Im Landkreis Hof ging die Zahl der Gymnasiasten, die eine Ganztagsklasse besuchen, von 7,1 % auf 6,6 % zurück.

(Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

– Noch ein paar Zahlen? – Sorry, aber das ist ein Abbau und kein Aufbau, Herr Pschierer.

In 65 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es an den staatlichen Realschulen noch kein einziges gebundenes Ganztagsangebot.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Bei den Gymnasien besteht in 57 Landkreisen und kreisfreien Städten kein entsprechendes Ganztagsangebot, und bei der Förderinfrastruktur existieren große Unterschiede. In Tirschenreuth und Weilheim-Schongau wird den Eltern und Schülern sogar an keiner einzigen Grundschule ein entsprechendes Ganztagsangebot gemacht. Was, Herr Seehofer, ist eigentlich von den Garantien zu halten, die Sie bei Ihren Regierungserklärungen im Hohen Haus aussprechen?

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt übrigens auch für Ihr vollmundiges Versprechen, konkrete Infrastrukturmaßnahmen in Bayern bis zum Ende Ihrer Amtszeit umzusetzen. Sie nannten die internationale Schienenanbindung Bayerns nach Osteuropa entlang der Transversale Paris – Budapest über Augsburg und München. Nichts davon wird bis jetzt Realität, ist nicht im Geringsten in Sicht. Zu einer modernen Infrastruktur gehört die zweite S-

Bahn-Strecke in München, sagten Sie. Nichts davon ist in Sicht. Die Finanzierung wird von der Bayerischen Staatsregierung verweigert; sie hätte längst in die Vorfinanzierung gehen können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihren Abschied aus der bayerischen Landespolitik für 2018 angekündigt. Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit. Sie befinden sich auf der Zielgeraden Ihrer politischen Laufbahn; denn Sie haben angekündigt, aufzuhören. Wann lösen Sie bitte Ihre Versprechen der letzten Regierungserklärungen ein?

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich gibt es jetzt neue Schlagworte, neue Versprechungen, neue Garantien. Wir waren überrascht, genauso wie Ihre Umweltministerin, dass Sie bei Ihrer letzten Klausurtagung in St. Quirin aus der hohlen Hand, völlig überraschend für alle politischen Beobachter in Bayern, einen dritten Nationalpark für Bayern ankündigen. Das Vorgehen lässt vermuten, dass es sich um ein parteitaktisches Manöver handelt. Sie wollen die Naturschützer in Bayern mit dem Symbolversprechen eines neuen Nationalparks ruhig stellen, und die CSU reklamiert für sich ein naturschutzpolitisches Wahrzeichen, dem sie seit Jahren selbst destruktiv-kämpferisch gegenübersteht.

Heute sind Sie in Erklärungsnot, Herr Seehofer. Wer wie Sie beim Steigerwald jahrelang aus allen Rohren gegen den Nationalparkgedanken schießt, der kann diese Idee nicht plötzlich entgegen allen eigenen bisherigen Verlautbarungen als sinnstiftend vermarkten. Wie wollen Sie denn den Menschen jetzt plötzlich erklären, dass ein Nationalpark im Steigerwald Wirtschaft und Tourismus massiv schadet – das haben Sie jahrelang hier so proklamiert –, dass aber der Nationalpark im Spessart und in der Rhön, nur ein paar Kilometer weiter, Wirtschaft und Tourismus plötzlich massiv nutzt?

(Beifall bei der SPD)

Es handelt sich also offensichtlich um eine fadenscheinige Absichtserklärung ohne jede Substanz. Im Übrigen ist das Vorgehen der Staatsregierung zur angeblichen Umsetzung ausgesprochen mangelhaft. Die Regierung hat es versäumt, ihre Ankündigung, auch zur Versachlichung der Debatte wenigstens mit einer ersten Potenzialanalyse, mit einer Vorbefragung der Bürgerschaft und kommunaler Verantwortungsträger oder gar mit einem Teilkonzept zu untermauern. Es liegt noch nicht einmal ein Fahrplan für den Dialog mit den Regionen vor, geschweige denn der Auftrag für geografisch eingegrenzte Machbarkeitsstudien.

Wir stellen also fest, dass die überraschende Ankündigung von St. Quirin von Nationalparkkritikern in manchen Regionen bereits als Einladung zum Widerstand verstanden wurde. Der ehemalige Staatskanzleiminister von der CSU ist da übrigens ganz vorne dran. Die Regierung spielt den Kommunen den Ball ohne jede Hilfestellung und erkennbare Rückendeckung zu. So haben gerade CSU-Politiker aus den Kommunen sowohl im Spessart als auch in der Rhön zum Widerstand gegen Ihre Überlegungen aufgerufen.

Schlicht falsch und völlig unbegründet ist es aus unserer Sicht, dass ausgerechnet der Steigerwald von Ihnen aus offensichtlich politischen Gründen ausgeschlossen wurde, wäre er doch ganz offensichtlich, wie alle Experten einmütig festgestellt haben, die ideale Variante für einen dritten Nationalpark im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

So ist das, wenn man nur mit Schlagworten arbeitet und dann mit den Konzepten nicht hinterherkommt.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle – ich denke, das kann man hier tun – bei meinen Kollegen Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl und, aus der letzten Legislaturperiode, Ludwig Wörner, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, die seit Jahren immer wieder gegen den heftigsten Widerstand der CSU die Bedeutung eines weiteren Nationalparks für Bayern hervorgehoben haben.

Dass Sie es mit dem Naturschutz ganz offensichtlich nicht so ernst meinen, zeigte das jüngste Vorgehen am Riedberger Horn. Die geplante Skischaukel befindet sich nicht nur in der strengsten, der Schutzzone C des bayerischen Alpenplans, sondern ihre Realisierung widerspräche auch der Alpenkonvention, einem internationalen Vertrag, also Umweltvölkerrecht, und sie würde auch gegen europäisches Naturschutzrecht verstoßen.

Wir sagen als SPD klipp und klar: Die Alpen als Natur- und als Kulturraum sind ein Menschheitserbe. Deshalb handelt es sich hier um einen Präzedenzfall, der weit über örtliche Interessen hinausgeht. Der Alpenplan mit seinen Schutzzonen ist seit 44 Jahren ein großer Erfolg und hat die Bayerischen Alpen vor dem Ausverkauf und der Verschandelung bewahrt. Das will die Staatsregierung jetzt opfern, indem sie eine Handvoll Bürger entscheiden lässt. Für uns in Bayern, Herr Ministerpräsident, gilt noch immer die Herrschaft des Rechts.

(Beifall bei der SPD)

Zwischendrin einmal wieder etwas Netteres zur Auflockerung der Stimmung: Wir als SPD begrüßen ganz ausdrücklich, dass Sie unsere langjährige Forderung aufgegriffen haben, dass künftig auch hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern anteilig Blindengeld erhalten sollen. Das ist eine gute Sache; es wird aber auch höchste Zeit. Hochgradig sehbehinderte Menschen sind in ihrem Alltag oft ebenso stark eingeschränkt wie blinde, haben aber keinen Ausgleich erhalten. Ich freue mich, dass der ausdauernde Einsatz meiner Fraktion, der SPD, von Verbänden und vielen wohlmeinenden Menschen in unserem Land Erfolg hat. Mein Dank gilt Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Christa Steiger – sie war in der letzten Legislaturperiode im Landtag – und vielen anderen, die immer wieder beim Blindengeld Druck gemacht haben, dass wir das endlich umsetzen können. Das zeigt: Opposition ist zwar ein verdammtes hartes Brot; aber mit Dranbleiber-Qualitäten kann man etwas erreichen, auch beim Blindengeld. Ohne die SPD hätte sich die Regierung in diesem Bereich niemals, aber wirklich niemals bewegt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Dankeschön gilt jenen Kollegen, die hier im Hohen Hause seit Jahren für eine bessere Polizeiausstattung arbeiten. Immer wieder hat die SPD darauf aufmerksam gemacht, dass der Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren und der Ruf nach ehrenamtlichen Bürgerwehren an den Flüchtlingsunterkünften Ablenkungsmanöver der Regierung par excellence waren und sind. Wie sollte die Bundeswehr hier im Inneren tätig werden? Sie ist dafür gar nicht ausgebildet. Es handelt sich um eine hoheitliche Aufgabe der Polizei. Immer wieder haben wir auf die tatsächlichen Herausforderungen der bayerischen Polizei hingewiesen. Sie hat mittlerweile 1,6 Millionen Überstunden angehäuft. Jede elfte Polizeipersonalstelle ist nicht besetzt; 2.500 budgetierte Personalstellen sind de facto nicht besetzt. Deshalb sagen wir: Unsere bayerische Polizei leistet exzellente Arbeit. Wir bedanken uns dafür sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

Deshalb muss sie personell und technisch erstklassig ausgestattet sein. Hier ein drittes Lob hinterher: Gut, dass die Staatsregierung nach Jahren des Stillstands hier endlich die eigenen Defizite anzuerkennen bereit ist und mehr Personal zur Verfügung stellt. Mein Dank gilt auch den Polizeiexperten in unserer Fraktion, Peter Paul Gantzer, Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger und für die letzte Legislaturperiode Harald Schneider, die über Jahre hinweg immer drangeblieben sind und nicht locker gelassen haben. Wir haben

von vielen Polizistinnen und Polizisten in Bayern die Rückmeldung erhalten, dass sich der hartnäckige Einsatz der SPD hier wirklich ausgezahlt hat. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Interessant ist, Herr Ministerpräsident, welche Themen Sie heute ausgespart oder nur mit einigen Worten bedacht haben. Ich habe den Eindruck, dass manches von dem, was Sie heute formuliert haben, ein Stück weit an echten Realitäten in unserem Land vorbeigeht; denn tatsächlich sind die 200 Burkaträgerinnen zwischen Lindau und Flensburg nicht die zentrale Herausforderung für den Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland – definitiv nicht. Schon heute ist es möglich, die Burka vor Gericht, beim Amtsarzt oder beim Kreisverwaltungsreferat, wenn man einen neuen Ausweis bestellt, zu verbieten. Das ist doch nicht das Hauptthema, das wir in Deutschland haben. Das ist doch nicht das Thema, das die Menschen bewegt. Fragen Sie einmal eine alleinerziehende Verkäuferin von Aldi, ob für sie ein Burkaverbot wirklich wichtig ist. Sie hat doch – auch bei uns im Freistaat Bayern – ganz andere Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es doch um ganz andere Themen, meine Damen und Herren. Immer wieder bauen Sie neue Konfrontationen auf und tun so, als sei die Hauptproblematik in unserem Land das Gegeneinander von Deutschen und Ausländern, was definitiv nicht der Fall ist. Die Hauptproblematik in unserem Land ist das Auseinanderklaffen von Oben und Unten, von Reich und Arm.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Ich hätte mir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, ein paar Worte dazu gewünscht, dass laut Zahlen von Frau Müller im Freistaat Bayern mittlerweile auf 3.500 Einkommensmillionäre 1,8 Millionen Menschen an und unterhalb der Armutsgrenze entfallen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute einmal ein Konzept vorlegen, wie Sie diese 1,8 Millionen Menschen in Bayern besser mit Landesmitteln unterstützen wollen. Es ist ein großes Defizit, dass Sie das nicht ansprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mit den Menschen, insbesondere in den Ballungszentren, ins Gespräch kommen, hören Sie viele Menschen in unserem Land darüber klagen, dass die Mieten immer teurer werden und dass die Familien, die Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittlerweile 40, 50, 60 % ihres Nettoein-

kommens für die Miete berappen müssen. Vom Regierungschef aber haben wir dazu heute kein einziges Wort gehört.

Nach unseren Berechnungen, meine Damen und Herren, brauchen wir im Freistaat Bayern bis zum Jahr 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen. Wir sind enttäuscht, dass Sie nach Ihrer Regierungserklärung 2013 bis 2016 außer den Bundesmitteln für den Wohnungsbau keine zusätzlichen Landesmittel in nennenswerter Höhe zur Verfügung gestellt haben. Sie haben versprochen, es werde binnen vier Jahren 28.000 neue Wohnungen geben. Unser Kollege Andreas Lottie hat unlängst angefragt, wie viele Wohnungen im Jahr 2016 mit Ihrem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm tatsächlich staatlich gefördert und gebaut wurden. Was schätzen Sie, Herr Ministerpräsident? Kennen Sie die Zahl? – Es sind noch nicht einmal 150. Sie wollen auf 28.000 kommen, und im gesamten Jahr 2016 sind von Ihnen noch nicht einmal 150 Wohnungen im Freistaat Bayern gefördert worden. Wir müssen in diesem Bereich wieder mehr leisten.

Die Kommunen sind da unglaublich aktiv. In der Landeshauptstadt München gibt es eine ganz lebendige Debatte – an ihr beteiligen sich im Übrigen alle Parteien im Münchner Stadtrat –, wie man mit mehr Kreativität mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen kann. Da ist von Pfahlbauten und davon die Rede, auf Parkplätzen kleine Holzwohnungen für Studentinnen und Studenten in angemessener Weise zu errichten. Eines ist doch klar: Gerade beim Wohnungsbau gilt das Prinzip "Ohne Moos nichts los."

Wir hatten bei unserer Klausurtagung – das möchte ich Ihnen gerne berichten – den Bundesgeschäftsführer der SPÖ, den Präsidenten der Mietervereinigung unseres Nachbarlandes Österreich zu Gast. In Österreich wird, auch durch eine ordentliche öffentliche Förderung, wesentlich mehr Wert auf bezahlbaren Wohnraum gelegt. Obwohl das Bundesland Wien nur ein Fünftel des Haushaltes des Freistaats Bayern hat, gibt es für bezahlbaren Wohnraum viermal mehr Geld aus als wir in Bayern, obwohl es dort nur 1,6 Millionen Einwohner gibt und bei uns 12,5 Millionen. Das macht wirklich deutlich, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie Ihr Herz für die kleinen Leute beweisen wollten, haben Sie an dieser Stelle den Glaubwürdigkeitstest ganz gewiss nicht bestanden.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur im Zusammenhang mit den Mieten klagen immer mehr Familien in Bayern über zu hohe Lebenshaltungskosten und steigende Ausgaben. Wir als SPD wollen das größte Familienentlastungsprogramm in

der Geschichte des Freistaats Bayern auf den Weg bringen. Wir wollen Bayern zum kinder- und familienfreundlichsten Land Europas machen, in dem frühkindliche Bildung den Stellenwert erhält, den sie verdient, nämlich ganz oben auf der politischen Prioritätenskala. Wir wollen erreichen, dass die Kindergartengebühren wie in Rheinland-Pfalz – dort macht es uns Malu Dreyer als Ministerpräsidentin vor – auch bei uns im Freistaat künftig nicht mehr von den Eltern getragen werden müssen, sondern vom Freistaat übernommen werden. Das macht übrigens eine ordentliche Entlastung aus. Herr Schäuble spricht von 2 Euro mehr Kindergeld für die Familien; 2 Euro sind nun wirklich nicht die Welt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben heute nach Unionskonzeptpapieren eine Steuerentlastung von 15 Milliarden Euro angekündigt, was für eine Familie mit einem durchschnittlichen Einkommen und zwei Kindern eine Entlastung von 20 bis 25 Euro ausmacht. Das ist in Ordnung, darüber kann man reden; das ist besser als nichts. Aber wenn wir es so machen wie die Rheinland-Pfälzer, gibt es für die Familien eine echte Entlastung von durchschnittlich 120 Euro im Monat, in manchen Einrichtungen gar von 200 Euro und mehr. Damit können die Familien tatsächlich etwas anfangen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, für viele Menschen in der Flughafenregion ist es eine große persönliche Enttäuschung, dass Sie gegenüber diesen Menschen Ihr Wort gebrochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Immer wieder haben Sie in den letzten zwei Jahren darauf hingewiesen, dass die dritte Startbahn am Münchner Flughafen nicht notwendig sei; sie sei nicht ordentlich durchgerechnet, es brauche keine dritte Startbahn, dies zeige auch die Zahl der Flugbewegungen. Im Übrigen hat sich die Zahl der Flugbewegungen in den letzten Jahren nicht so dramatisch verändert. Noch immer ist die Zahl der Flugbewegungen am Münchner Flughafen deutlich geringer als vor etwa einem Jahrzehnt. Von einer dramatischen Veränderung in der Entwicklung der Flugbewegungen kann überhaupt keine Rede sein.

Was ist denn passiert? – Sie sind vor Ihre Fraktion, die CSU-Fraktion, getreten und haben gesagt: Leute, die dritte Startbahn ist keine gute Idee; wollen wir lieber davon Abstand nehmen? Ihr Vorgänger als Parteivorsitzender der CSU, Erwin Huber, hat eine Unterschriftenaktion angezettelt. Fast das gesamte Kollegium der CSU-Fraktion hat unterschrieben und damit gegen die Leitlinie, die Sie, Herr Ministerpräsi-

dent, vorgeben wollten, Front gemacht. Sie sind eingeknickt.

Nun wollen Sie auf einem wirklich abstrusen Weg die dritte Startbahn noch einmal initiieren. Sie schlagen einen weiteren Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München vor.

(Markus Blume (CSU): Den hat doch der Oberbürgermeister vorgeschlagen!)

Erst vor wenigen Jahren gab es bereits einen demokratischen Mehrheitsentscheid. Man muss die Position dieser Mehrheit nicht übernehmen, Herr Blume. Das ist überhaupt keine Frage. Gerade als Münchner Abgeordneter sollte man aber diesen Mehrheitsentscheid schon irgendwie respektieren und nicht Jahr für Jahr neue Bürgerentscheide fordern, bis endlich das Realität wird, was man sich selbst wünscht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen wissen wir doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es ausgeht. Wir haben doch Woche für Woche, Monat für Monat und Jahr für Jahr Umfragen. Alle Umfragen besagen, dass die Münchner Bevölkerung genauso wie vor einigen Jahren mit breiter Mehrheit, einer Zweidrittelmehrheit, eine dritte Startbahn nicht möchte. Alle Umfragen besagen, dass nicht nur die Münchner die dritte Startbahn nicht wollen, sondern dass sie auch die Schwaben, die Oberpfälzer, die Niederbayern und die Franken nicht wollen. In Franken ist die Ablehnung besonders hoch. In München sagen viele Bürgerinnen und Bürger: Wir wollen kein weiteres Wachstum mehr auf Teufel komm raus. Es wäre viel besser, dieses Wachstum über ganz Bayern zu verteilen. In Nordbayern wäre Wachstum viel besser als in dem Hitzekessel der Landeshauptstadt München, in die immer mehr Menschen ziehen, sodass dort die Mieterinnen und Mieter immer stärker unter Druck geraten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sehr überrascht, dass Sie heute diese Kehrtwende vornehmen. Wir sind enttäuscht, dass Sie Ihre ursprüngliche Position nicht gehalten haben. Sie haben viele Gespräche geführt, dankenswerterweise auch mit der Opposition. Wir alle hätten den Eindruck, dieses Thema müsste eigentlich abgeräumt sein. Jetzt liegt es wieder auf dem Tisch, und wir nehmen es als Wahlkampfthema für das Jahr 2018 auch sehr gerne an.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meinem Fazit. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war heute kein großes Vermächtnis, das man in der Mitte der Legislaturperiode von einem scheidenden

den Regierungschef hätte erwarten können. Die Regierungserklärung war ein trockener Tätigkeitsbericht, der in Teilen sogar in Ihren eigenen Reihen auf Kritik und Ablehnung stößt, so zum Beispiel bei der Verlagerung des Gesundheitsministeriums. Der Regierungschef stößt damit die eigene Ministerin, die eigene Fraktion und die eigenen Mitglieder des Gesundheitsausschusses regelrecht vor den Kopf. Wir sind darauf gespannt, wie die Willensbildung weitergeht. Möglicherweise geht es so hinaus wie bei der dritten Startbahn.

Der Dauerstreit mit der Bundeskanzlerin seit dem Sommer 2015 hat in jedem Fall unendlich viele Ressourcen der Staatsregierung gebunden und Energien und Kreativität gekostet. Dadurch ist auf der bayerischen Landesebene viel zu viel liegen geblieben. Längst fällige Entscheidungen wurden auf die lange Bank geschoben. Beim Gymnasium dringt man mit einem Schnellschuss an die Öffentlichkeit, was weder von Lehrern noch von Eltern noch von Schülern noch von den Kommunen begrüßt wird. Beim Nationalpark verzichtet man gleich ganz auf ein Konzept. Herr Seehofer setzt auf die Vergesslichkeit der bayerischen Bevölkerung. Gegebene Versprechen werden nicht eingehalten. Ausgesprochene Garantien verfallen garantiert bereits nach wenigen Wochen. Lautstark formulierte Ziele verliert diese Regierung schnell aus den Augen.

Unsere größte aktuelle Sorge aber ist: Zum 70-jährigen Jubiläum unserer Bayerischen Verfassung erleben wir eine Zeit, in der ein immer hemmungsloser werdender Rechtspopulismus auch vor dieser Regierungspartei nicht haltmacht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): So eine Unverschämtheit!)

Die Bayerische Verfassung atmet nicht den Geist eines Viktor Orbán oder eines David Cameron, an denen sich die Seehofer-Regierung und die CSU-Landtagsfraktion ein Vorbild nehmen. Die Bayerische Verfassung aus der Feder des Sozialdemokraten und bayerischen Patrioten Wilhelm Hoegner ist eine Proklamation der Freiheit und eine Charta der sozialen Gerechtigkeit. Hoegner kam es darauf an, dass in unserem Land zuvorderst ein soziales Miteinander herrscht, dass wir uns in Bayern Respekt entgegenbringen, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft findet, ganz egal ob alt oder jung, Frau oder Mann, ob zugereist oder einheimisch, egal welcher Religion man angehört oder auch nicht. Das ist und bleibt unsere sozialdemokratische Richtschnur für eine wertegebundene und allgemeinwohlorientierte Politik für den Freistaat Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Ich darf in der Rednerliste mit Herrn Kollegen Kreuzer für die CSU-Fraktion fortfahren. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank dem Ministerpräsidenten für die klare Regierungserklärung.

(Beifall bei der CSU)

Er hat aufgezeigt, wie es in diesem Land weitergehen muss, und er hat aufgezeigt, wie es in diesen letzten, nein nächsten zwei Jahren weitergehen muss.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, die letzten zwei Jahre!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu anderen Parlamenten ist es richtig, dass sich nicht nur das Kabinett in St. Quirin mit diesen Themen befasst, sondern dass dazu auch eine Regierungserklärung abgegeben wird, sodass sich auch das Parlament, die gewählten Abgeordneten damit befassen und auseinandersetzen können. Auch hierfür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Rinderspacher, wenn man Ihnen so zuhört, könnte man meinen, ohne die SPD in Bayern würde es gar nicht gehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist richtig! – Beifall bei der SPD)

Das glauben aber nur Sie. Jetzt einmal ganz ehrlich und mit allem Ernst: Dass die SPD in Bayern keine großen Visionen hat, war uns schon vorher klar. Dass Sie aber zur Fortentwicklung dieses Landes keine einzige eigene Botschaft in einer Stunde übermittelt haben, war erbärmlich, Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben nicht zugehört!)

Außer Kritik an hauptsächlich bundespolitischen Themen – darauf werde ich noch zu sprechen kommen – und der ewigen Aussage, es könnte zum Beispiel bei der Barrierefreiheit mehr sein, habe ich von Ihnen nichts gehört, was nicht schon gemacht wird, um dieses Land weiterzubringen. Deswegen sind Sie in der Regierungsverantwortung auch entbehrlich, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)